Donnerstag, 23. August 1923 · 71. Jahrgang Nr. 394

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 30 000 M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot	116000	Gas cbm	20000
markenfrei	400000	Wasser cbm	100000
Markensuppe	4800	20-Mark-Stück	14 680 000
Milch 1 Liter	120000	Goldzollaufgeld	56 809 900
Erik. Ztr. 1766000, Koks	4012000	Schlüsselzahl für Bücher	900000
Strom Licht und Kraft	300000	Index für Aerzte, Berlin	480000

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen knapp, Preise für Süsswasserfische höher. Schellfisch 250 000—280 000 M., Kabeljau 620 000—660 000 M., Seelachs 450 000—320 000 M., Dorsch 220 000—250 000 M., Flundern 200 000—300 000 M., Makrelen 320 000—350 000 M. in Eis: Hechte 560 000—600 000 M., Schleie 600 000—650 000 M., Aale 950 000—1 100 000 M., Bleie 340 000—370 000 M., lebend: Hechte 800 000 bis 900 000 M., Schleie 825 000—950 000 M., Margarine 700 000—850 000 M., Butter 1 500 000—2 000 000 M.

Strassenb. 100000, Umsteig.	150000	Ptk. O. 200, Fern u. Oest.	400 Ausl.
Hochb. II. 25—45000, III. 25	35000	1800, Tschechosl. u. Ungarn	1400
Stadtbahn .. II. 60000, III.	40000	Brief Ort 400, Fern u. Oest.	1000
Omnib. Teil 100000, g. Str.	120000	Ausl. 3000, Tschsl. u. Ung.	2400
Droschke kr. × 600000 Fl. ×	400000	Telegr. 600 d. W., Grundgeb.	1600
Tel. 114000, Gesp. 10000, Aut.	20000	n. Ausland je nach Währung	

Dollar: 5080000

Der Oehme-Prozeß vor dem Reichsgericht wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt.

Anläßlich der Leipziger Messe findet am Montag abend in Leipzig eine große Kundgebung gegen den Wirtschaftskrieg am Rhein, Ruhr und Saar statt.

Die bayerische Staatsregierung hat einen Aufruf erlassen.

Gestern wurden 100 Eisenbahnerfamilien, zusammen etwa 315 Personen, aus Mülheim-Speldorf ausgewiesen.

Laut Beschluß des Messekomitees wird die Messe in Nischni Nowgorod zu dem festgesetzten Termin geschlossen werden.

Wie die Kölner Blätter aus Dortmund berichten, beginnen jetzt die Franzosen auch mit der Ausweisung von Arbeitern.

In Spanien finden große Kundgebungen gegen den Feldzug in Marokko statt.

Die Angora-Regierung hat eine große Anzahl gefangener griechischer Offiziere in Freiheit gesetzt.

Ein offenes Schreiben an die Reichsregierung

Professor Dr. Goldscheid und Dr. Kuczynski zur deutschen Finanzkatastrophe

Die Finanznot des Reichs schreit nach sofortiger Abhilfe. Steuerliche Maßnahmen oder Devisenverordnungen können Rettung nicht mehr bringen, weil sie sich zu langsam auswirken. Sie können den rasenden Sturz der Mark nicht aufhalten, der binnen kurzem zu einem wütenden Kampf aller gegen alle und zu einer Verelendung führen muß, gegen deren Grauenhaftigkeit alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, verblassen wird. Eine solche Katastrophe kann nur noch verhütet werden, wenn sofort Maßnahmen getroffen werden, die die Stillegung der Notenpresse ermöglichen.

Erste Maßnahme: Die Reichsregierung verpflichtet sich unverzüglich, alle Papiermark zu dem jetzigen Dollarkurs gegen Goldmark einzulösen. Da der Gesamtwert der umlaufenden Banknoten höchstens 100 Millionen Goldmark beträgt, würde es genügen, wenn die Reichsregierung hierfür 100 Millionen Goldmark zur Verfügung hält. Da jedoch die Ausgaben des Reichs einstweilen seine Einnahmen übersteigen, müßte es die zur Einlösung abgelieferten Noten wieder verwenden oder neue Noten drucken lassen. Das Reich benötigt daher weitere 100 bis 200 Millionen Goldmark, um in der Uebergangszeit, d. h. bis zur Balancierung seines Haushalts, die wieder ausgegebenen bzw. die neuen Noten gegen Goldmark einlösen zu können. Die insgesamt erforderlichen 200 bis 300 Millionen Goldmark könnten in wenigen Tagen von der Reichsbank, erforderlichenfalls unter Heranziehung der Großindustrie, gestellt werden. Auf diese Weise wären einstweilen alle Noten voll durch Gold gedeckt; ein weiteres Sinken der Mark wäre unmöglich.

In der so gewonnenen kurzen Atempause müßte dann mit der zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt erforderlichen großen Vermögensabgabe begonnen werden. In erster Reihe würde es sich dabei um eine Erfassung der Sachwerte handeln. Die Aktiengesellschaften hätten Gratisaktien auszugeben und an das Reich abzuliefern. (Andere Großbetriebe wären in Aktiengesellschaften mit der gleichen Verpflichtung umzuwandeln.) Das Grundvermögen (Landwirtschaft, Forsten usw.) würde seine Abgabe durch Eintragung einer Grundschuld zugunsten des Reiches leisten. Ein Teil der Abgabe könnte dann an die Entente zwecks Abgeltung ihrer Reparationsansprüche übereignet werden.

Nur durch ein derartiges System von rasch durchführbaren Maßnahmen kann das Aeußerste verhütet werden, können die deutsche Währung, die deutschen Finanzen, die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung kommen. Es ist aber keine Zeit zu verlieren. Die Entwicklung überstürzt sich. Was sich noch 1922 in Monaten abspielte, vollzog sich später in Wochen, jetzt in Tagen. Bald geht es vielleicht um Stunden. Dann aber bricht das Verhängnis über uns zusammen.

Aufgabe der Regierung ist es, jetzt zu handeln!

Berlin, den 22. August 1923.

Rudolf Goldscheid. Robert Kuczynski.

Der Index der Woche

Statistisches Reichsamt

Durchschnitt Juli	37 651,	monatl. Steiger.	392,4 %
30. Juli	71 476,	wöchentl. Steiger.	81,7 %
6. August . . .	149 531,	„ „	109,2 %
13. „ . . .	436 935,	„ „	192,2 %
20. „ . . .	753 733,	„ „	72,5 %

Minister Dr. Böltz bei den Segelflügen

Um das Interesse an den hervorragenden Leistungen zu befunden, die die technischen Hochschulen auf dem Gebiete des Segelfluges bisher erzielt haben, ist der preußische Kultusminister Dr. Böltz zur Teilnahme an den diesjährigen Rhönflugveranstaltungen abgefahren.

Baldige Entscheidung unwahrscheinlich

Ungünstiger Eindruck der französischen Antwort in England
Neue Verschleppung – Mißtrauen gegen Poincarés Absichten

London, 22. August. (W. T. B.)

Reuter zufolge wird Baldwin, der heute nach London zurückkehrt, wahrscheinlich unformelle Unterredungen mit den Ministern haben, die sich gerade in London befinden. Wie verlautet, wird Lord Curzon für den Augenblick seine Kur in Bagnolles fortsetzen. Es sei wahrscheinlich, daß die Verhandlungen zwischen England und Frankreich bis in den nächsten Monat fortdauern werden. Jeder Punkt der französischen Note werde sorgfältig geprüft werden und keine eilige Entscheidung sei wahrscheinlich.

Paris, 23. August. (E. E.)

Nach einer Londoner Meldung des „New York Herald" kehrte Baldwin gestern abend nach London zurück, um die französische Antwort auf die englische Note zu studieren. Poincarés Antwort hat außerordentlich enttäuscht, weil in ihr keinerlei Fortschritt zur Lösung der großen Krisen zu erblicken seien. Man befürchtet, daß Poincaré unter allen Umständen entschlossen sei, im Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf die Zahlungen Deutschlands zu bleiben. In konservativen Kreisen wird auf eine persönliche Aussprache zwischen Poincaré und Baldwin gedrängt.

Pariser Stimmen zur Note

Der Offiziosus

„Poincaré hat den Ton der englischen Note nicht nachahmen wollen ... Der Chef der französischen Regierung bemüht sich in einem Augenblick die Entente zu retten, in der sie in Gefahr schwebt." („Temps")

Die Opposition

„Wir werden nicht nachgeben, wir werden nicht räumen, wir werden nicht bezahlen, wir machen keine praktischen Vorschläge, ihr seht also, daß wir euch nichts zu sagen haben." („Humanité".)

„Die Politik vom 11. Januar verfügt nicht mehr über ihre alte Intensität. Sie bedeutet keinen entschlossenen Schritt auf das Kompromiß hin, aber Frankreich weicht vor dem Bruch zurück." („Ere Nouvelle".)

„Gleich Null"

Britische Kommentare

„Poincaré wendet sich mehr an seine französischen Kritiker, als an die britische Regierung." („Daily Chronicle".)

„Die unschuldigen Beteuerungen Poincarés bezüglich der politischen und [illegible]hen Ziele im Ruhrgebiet machen keinen Eindruck. Die Logik der Tatsachen macht seine Ableugnungen wertlos." („Daily News".)

„Poincarés Note beweist, daß die französische Regierung ihren Standpunkt nicht verändert hat." („Daily Herald.")

„Frankreichs Zugeständnisse für den britischen Standpunkt sind gleich Null." („Daily Telegraph.")

Die Zufriedenen

„Poincaré hat England den Oelzweig entgegengehalten ..." („Daily Mail")

„Deutschland würde überrascht sein über den Edelmut, mit dem es Poincaré behandeln würde, wenn er bereit sein sollte, den passiven Widerstand einzustellen." („Morningpost")

Coolidge will passiv bleiben

London, 23. August. (E. E.)

Wie aus New-York gemeldet wird, ist Präsident Coolidge entschlossen, an der Politik Hardings, sich den Ereignissen in Europa fernzuhalten, festzuhalten. Nach einer offiziösen Erklärung des Weißen Hauses werden alle Gerüchte, als ob die amerikanische Politik nach Europa zurückkehren werde, dementiert. Der Präsident sei überzeugt, daß nichts geschehen sei, um eine Aenderung der amerikanischen Politik herbeizuführen. Der Präsident würde eine Vermittlerrolle nur übernehmen und Vorschläge insbesondere zur Lösung der Reparationsfrage nur dann machen, wenn er die Sicherheit haben würde, daß seine Anregungen angenommen würden.

Die Katastrophe der Papiermark

Dr. Hilferding vor dem Reichstagsausschuß — Die Deckung aller Länder- und Gemeindeausgaben durch das Reich — Die Notgeldanarchie — Schleunigste Beseitigung

Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstand der Tagesordnung.

Der Vorsitzende Abg. Heimann (Soz.) wies auf die große Wichtigkeit dieser Materie hin, deren Gesamtkomplex die Wurzeln des staatlichen Seins betrafen.

Alsdann nahm Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Ich habe zunächst den Herrn Reichskanzler zu entschuldigen, der durch dringende Geschäfte unabkömmlich ist und deshalb nicht selbst in der Sitzung seine Ausführungen machen kann, wie es ursprünglich seine Absicht gewesen ist.

Meine Herren! Die neue Regierung hat die Geschäfte übernommen in einer Situation, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst ist, sondern die auch vom finanzpolitischen Standpunkt aus als fast verzweifelt angesehen werden muß. (Sehr richtig.)

Die außerordentliche Erregung und Gärung, die in der letzten Zeit des Kabinetts Cuno die Massen ergriffen hat, und die eine Folge der plötzlich rapid weiterschreitenden Dollarsteigerung gewesen ist, hat unsere ganze Finanzverwaltung in eine geradezu furchtbare Verwirrung gebracht.

Eine der ersten Aufgaben ist es, durch die energischsten Maßnahmen hier wiederum zu einer gewissen Grundlage der Finanzpolitik überhaupt zurückkehren zu können. Die Erregung hat sich sozial in außerordentlich starken Lohnbewegungen ausgewirkt, die aber trotz ihrer Höhe im wesentlichen nur eine gewisse Anpassung an die Preise gebracht hat. Als die Lohnerhöhungen festgesetzt wurden, konnte die Unternehmerschaft mit einem Dollarstand kalkulieren, der sich damals etwa zwischen fünf und sechs Millionen bewegte, und von dem man annehmen konnte, daß er in den nächsten Tagen noch weitaus höher gehen würde. Als dann in den nächsten Tagen eine gewisse Beruhigung einsetzte, und der Dollar auf drei Millionen zurückging, hatten in vielen wichtigen Gewerbezweigen die Löhne bereits den Friedensstand erreicht oder waren über dem Friedensstande.

Ebenso waren die Preise vieler wichtiger Rohprodukte, zum Teil auch die Lebensmittelpreise über das Weltmarktniveau gestiegen, so daß die größte Gefahr bestand, daß der Export stocken werde und als Folge davon eine allgemeine Wirtschaftskrise eintreten würde. Neben der ungeheuren Teuerung bestand eine ungeheure Verwirrung auf dem Devisenmarkt. Für die Finanzverwaltung haben sich dann die Dinge so ausgewirkt, daß wir ebenfalls zu Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen schreiten mußten, die für die Ausgabenwirtschaft des Reiches außerordentlich stark ins Gewicht fielen.

Wir sind jetzt in der Situation, daß wir heute nicht nur für alle Ausgaben des Reiches aufzukommen, daß wir nicht nur das kolossale Defizit des Reiches zu decken haben, sondern, daß wir auch in die Zwangslage gebracht worden sind, die ganzen Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zu decken; nicht etwa bloß in dem Ausmaße, wie es dem Finanzausgleichsgesetz entsprechen würde; praktisch ist heute die Sache vielmehr so, daß wir darüber hinaus, das gesamte Defizit, das die Länder haben, und zum großen Teil auch das gesamte Defizit, das heute in den Kommunen entsteht, auf das Reich übernehmen müssen, wenn nicht der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung eintreten soll.

Denn Länder und Kommunen sind gar nicht in der Lage, aus bereitstehenden Mitteln die außerordentlichen Erhöhungen der Gehälter und Löhnungen tragen zu können.

Wir sind also in einen Zustand geraten, wo die gesamten Ausgaben der Verwaltungen vom Reiche getragen werden müssen, obwohl das Reich selbst nicht die notwendigen Mittel aus den Steuern für diese Ausgaben aufbringen kann. Aber, meine Herren, in der letzten Zeit haben sich auch noch Symptome bemerkbar gemacht, die außerordentlich beunruhigend sind, und Symptome, die eine ganz energische Gegenaktion unbedingt erforderlich machen. Es ist bekannt, daß die Beilegung des Buchdruckerstreiks, die eine absolute Notwendigkeit gewesen ist, weil durch den Streik in der Reichsdruckerei und in den übrigen Notendruckereien wir in eine fürchterliche Kalamität wegen des Notenmangels geraten waren, nur möglich gewesen ist, indem das Reich die Zusage gemacht hat, daß es einen Teil der Lohnerhöhungen aus eigenen Mitteln decken würde. (Hört, hört!) Wir sind also dahin gekommen, dazu überzugehen, auch Löhne der Privatindustrie unmittelbar auf das Reich zu übernehmen. Neben diesen Löhnen der Privatindustrie zahlen wir aber im Grunde genommen augenblicklich auch einen Teil der Gehälter sämtlicher gemeinnützigen Anstalten, sämtlicher Fürsorgeanstalten und dergl.

Kurz und gut, die Ausgabenseite des Reiches ist unübersehbar geworden, ein Zustand, der nicht länger bestehen bleiben darf, zu dessen Abstellung die größte Energie der Regierung erforderlich ist.

Aber dazu gesellt sich noch etwas anderes. Wir sind auch auf dem Währungsgebiet in einen geradezu anarchischen Zustand geraten.

Die Banknotenknappheit hat eine außerordentliche Panik erzeugt und dazu geführt, daß wir die ersten Erscheinungen einer Repudiation der Mark bemerken konnten: die Mark wurde nicht mehr allgemein als Zahlungsmittel